

## **Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in Bielefeld**

### **Solidaritätsbesuch in der Tierpension der Aids-Hilfe am 16. Juli 2009**

---

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich außerordentlich, dass Sie so kurzfristig und zudem in der Ferienzeit zu diesem Solidaritätsbesuch in die Tierpension der Aids-Hilfe gekommen sind. Ich kann Sie nicht alle namentlich begrüßen, doch möchte ich unterstreichen, dass viele unterschiedliche Organisationen hier präsent sind:

- Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Bielefeld
- die Verwaltung der Stadt Bielefeld, vertreten durch den Sozialdezernenten Herrn Kähler
- die Kolleginnen und Kollegen der Wohlfahrtsverbände und der ihnen angeschlossenen Organisationen

Sie haben gleich im Anschluss an meinen Beitrag und die Erklärung von Herrn Kähler die Möglichkeit zu einer eigenen kurzen Stellungnahme.

Weiterhin haben wir Rückmeldungen bekommen, die unseren Besuch ausdrücklich begrüßen. Eine persönliche Teilnahme ist wg. der kurzfristigen Ankündigung oder wg. Urlaubszeit nicht möglich.

Deutlich wird hier – die Aids-Hilfe, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tierpension stehen nicht allein.

Als Vorsitzender der AG der Wohlfahrtsverbände spreche ich im Namen aller Bielefelder Wohlfahrtsverbände. Wir beschäftigen in unseren Diensten und Einrichtungen ca. 5.000 Menschen in allen Feldern sozialer Arbeit, darunter sind auch einige Hundert MitarbeiterInnen, die sich in verschiedensten Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten auf eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt vorbereiten. Wir nehmen Anteil am Schicksal der Tierpension, der Aids-Hilfe und bieten unsere ideelle und praktische Unterstützung an.

Wir schweigen nicht zu diesem kriminellen Brandanschlag auf ein notwendiges und sinnvolles Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekt. Wir verurteilen diesen wiederholten Akt unverständlicher Aggression, der 30 Arbeitsplätze gefährdet, wenn nicht gar zerstört, der Angst und Unsicherheit bei den betroffenen Menschen erzeugt.

Die Nachricht von diesem Brandanschlag hat mich persönlich zunächst sprachlos gemacht, erschüttert. Ich frage mich, müssen wir in Zukunft bei anderen Projekten mit solchen Attacken rechnen. Wo wird die Grenze gezogen? Was sind die Gründe für diesen Hass?

Doch, wir schweigen heute nicht zu diesem Anschlag, sondern wir machen deutlich: Wir setzen unser Engagement für Menschen in besonders schwierigen Lebenssituationen fort. Wir praktizie-

ren Solidarität und unvoreingenommene Hilfe und Unterstützung. Beschäftigungsprojekte wie die Tierpension sind sozialpolitisch notwendig und sinnvoll.

Im Hotel für alle Felle der Aids-Hilfe haben 30 langzeitarbeitslose Menschen mit und ohne HIV die Chance auf Boden unter den Füßen, einen beruflichen Neuanfang. Jeder Mensch verdient u. E. eine neue Chance, seine schwierigen Lebensumstände zu verlassen, und wir werden alles tun, um die Verwirklichung der Tierpension tatsächlich zu ermöglichen. Das Projekt muss an diesem Standort arbeiten und sich entwickeln können. Wir lassen uns dabei nicht entmutigen.

Von Seiten des ISB sind direkte Hilfe und Unterstützung schon in Gang gesetzt worden, danke an Herrn Boberg, der hier persönlich zu nennen ist. Wir wünschen uns dies auch als Grundsatzaussage von der Kommunalpolitik, die Möglichkeit dazu haben Sie hier und heute. Denn: Pauschale Aussagen zur Tierpension (die vor einer Woche zu lesen waren) – Verschwendung von Steuergeldern, falscher Standort - sind angesichts der jetzigen Situation überhaupt nicht hilfreich.

Die Polizei wird alles tun, um die Täter dingfest zu machen. An Spekulationen werde ich mich hier nicht beteiligen. Nur eine Mahnung zum Schluss:

Die eigene Notlage, die eigene körperliche oder seelische Beschädigung, die eigene Traumatisierung sind u. U. näher als der oder die Täter denken – möge dann die notwendige Hilfe und Unterstützung erreichbar sein und sich entfalten können – ohne dass ein Brandanschlag die Arbeitsräume zerstört hat und damit die solidarische Hilfe überhaupt unmöglich geworden ist.

16.07.2009

Erwin Adams  
Vorsitzender der AGW